

Beobachtungen zur 51. Tagung des UN Menschenrechtsrates 12. September bis 7. Oktober 2022

*„Die Menschen in Xinjiang haben ein besseres Leben als je zuvor.“
Chinas Botschafter am 22.9.2022 zur Eröffnung eines Sides Events*

So viel Berichterstattung war noch nie. Während die deutschen Medien üblicherweise wenig Interesse am Genfer Geschehen zeigen, gab es Anfang Oktober gleich drei Anlässe, über die mit mehr als nur Agenturmeldungen berichtet wurde: Die beschlossene Resolution zu Russland, die nur knapp gescheiterte Resolution zu China, und die Wahl Deutschlands für weitere drei Jahre in den UN Menschenrechtsrat.

Am Ausgang dieser dritten Abstimmung bestand schon lange vorher kein Zweifel, denn die westliche Staatengruppe hatte erneut nur so viele Kandidaten wie freie Sitze aufgestellt („clean slates“) und entsprechend wurden Deutschland und Belgien in der Generalversammlung bestätigt. Nur für die Regionalgruppen Asien-Pazifik und Lateinamerika gab es eine „echte“ Wahl, aus der Südkorea, Afghanistan und Venezuela mit den wenigsten Stimmen ausschieden. Bahrain hatte seine Kandidatur bereits vorab nach heftiger Kritik zurückgezogen.

Die Bundesregierung hatte sich wie acht weitere Kandidaten mit freiwilligen Verpflichtungen um den Sitz beworben, deren Lektüre durchaus lohnenswert ist und kritische Begleitung nahelegt (s. Anhang). Dass die [Kandidaten-„Score Card“](#) des ISHR (ebenfalls im Anhang) für Deutschland erstmals nicht nur grüne Haken, sondern auch kritische rote Punkte verzeichnet, hat das Genfer Botschaftspersonal wenig erfreut. Umso bemühter war man wohl bei der [online-„Wahlveranstaltung“](#), zu der erneut ISHR und Amnesty eingeladen hatten und wo gleich beide Botschafterinnen aus Genf und New York Deutschlands guten Willen bekundeten: Man werde die zentrale Rolle der Zivilgesellschaft im MRR fördern, man werde weiterhin für die Rechte von Frauen und Mädchen kämpfen sowie den Nexus Menschenrechte-Klimawandel betonen und im eigenen Land gegen Rassismus und Antisemitismus eintreten sowie die Situation von Flüchtlingen und Migranten verbessern. Enttäuschend war die bestenfalls ausweichende Antwort des Duos zum Untersuchungsmandat Israel/OPT, das bei der letzten Tagung mit sachlich falscher Kritik abgelehnt worden war, und der Frage, ob man künftig von Doppelstandards in solchen Rechenschaftsmandaten absehen wolle. Genau dies hatte zu den roten Punkten auf der Score Card geführt.



Dass man sich wirklich ins Zeug zu legen kann, wenn es drauf ankommt und der politische Wille vorhanden ist, hat diese Tagung ohne Zweifel gezeigt. Das wiederholt gehörte Argument, Deutschland bzw. die EU könne mit vorhandenen Ressourcen nur eine arbeits- und demarchenintensive Initiative pro Tagung vorantreiben, dürfte mit den Resolutionen zu China und Russland (und weiteren schwierigen Dossiers) hinreichend widerlegt sein.

Das Auswärtige Amt sprach von einem „schwarzen Tag für die Menschenrechte“, was vor allem mit Blick auf die Menschen in Xinjiang zweifellos berechtigt war. Manche Medien waren allerdings sehr schnell darin, die Abstimmung als „Schlappe“ oder gar „Ohrfeige für den Westen“ und „Erschütterung der Glaubwürdigkeit“ zu bewerten und China einen „Triumph“ zu bescheinigen. So bitter das knappe Abstimmungsergebnis zweifellos ist, hat die Resolutionsinitiative dennoch den ohnehin schon beachtlichen Druck auf China während dieser Sitzung erhört, vielen uighurischen Stimmen bei Side Events Gehör verschafft und die öffentliche Aufmerksamkeit für die Schwere der Menschenrechtsverletzungen vergrößert. Positiv hervorzuheben ist hier auch, dass Deutschland im Statement unter Item 5 zu Repressionen gegen die Zivilgesellschaft explizit und namentlich Fälle von chinesischen Menschenrechtsverteidiger*innen nannte. China ist kein Tabu mehr im Menschenrechtsrat. Es wurde allerdings auch offensichtlich, dass die Initiatoren der Resolution es nicht vermocht haben, die Zustimmung insbesondere von afrikanischen Staaten zu gewinnen, was durchaus besondere Analyse verdient.

Russland

Über dieses Geschenk dürfte Wladimir Putin sich wohl kaum gefreut haben. Am Tag seines Geburtstags wurde die russische NGO Memorial mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet und der MRR beschloss mit komfortabler Mehrheit die Einsetzung eines [Sonderberichterstatters zur Menschenrechtssituation in Russland](#). Dieser Forderung von russischer und internationaler Zivilgesellschaft hatte sich die EU, vor allem Frankreich und Deutschland, bei den vorangegangenen MRR-Tagungen noch verschlossen. Den Ausschlag dafür, nun doch die Initiative zu ergreifen, hat – neben der Verschlechterung der Menschenrechtssituation - zweifellos auch die Tatsache gegeben, dass es nach dem Ausschluss Russlands aus dem Europarat oder auch dem Nichterscheinen Russlands vor dem UN Menschenrechtsausschuss nun praktisch keine regionale und internationale Menschenrechtsinstitution mehr gibt, an die sich Menschen und vor allem die kritische Zivilgesellschaft in Russland wenden können, wie es mehrere Redner*innen bei der Abstimmung zum Ausdruck brachten. Dies hatte die Aussichten, die Resolution gewinnen zu können, sicherlich erhöht. Nicht überzeugt war allerdings Ungarn und verweigerte sich konsequent der EU Initiative, so dass letztlich die 26 verbleibenden Mitgliedsstaaten mit Luxemburg voran und ohne den beachtlichen EU-Delegationsapparat für Unterstützung werden mussten. Im der ersten Verhandlungstreffen („informal“) war der Sitzungsraum bis auf den letzten Stuhl und mehr gefüllt, Delegierte der EU-MS versuchten nebeneinander zu sitzen, um auch so Einigkeit zu demonstrieren, während die bekannten verbliebenen Verbündeten Russlands wie Belarus und Venezuela die erwartbaren Statements vortrugen, aber auch andere Bedenken an der Resolution artikulierten.

YES	ABST	NO
ARGENTINA	ABST	HONDURAS
ARMENIA	ABST	INDIA
BENIN	ABST	INDONESIA
BOLIVIA (PLURINATIONAL STATE OF)	YES	JAPAN
BRAZIL	ABST	KAZAKHSTAN
CAMEROON	ABST	LIBYA
CHINA	YES	LITHUANIA
COTE D'IVOIRE	YES	LUXEMBOURG
CUBA	ABST	MALAWI
CZECHIA	ABST	MALAYSIA
ERITREA	YES	MARSHALL ISLANDS
FINLAND	ABST	MAURITANIA
FRANCE	ABST	MEXICO
GABON	YES	MONTENEGRO
GAMBIA	ABST	NAMIBIA
GERMANY	ABST	NEPAL
		NETHERLANDS
		PAKISTAN
		PARAGUAY
		POLAND
		QATAR
		REPUBLIC OF KOREA
		SENEGAL
		SOMALIA
		SUDAN
		UKRAINE
		UNITED ARAB EMIRATES
		UNITED KINGDOM OF GREAT BRITAIN AND NORTHERN IRELAND
		UNITED STATES OF AMERICA
		UZBEKISTAN
		VENEZUELA (BOLIVARIAN REPUBLIC OF)

Das Abstimmungsergebnis (17-6-24) darf wahrlich historisch genannt werden, denn erstmals hat der MRR ein ständiges Mitglied des UN Sicherheitsrates für schwere Menschenrechtsverletzungen kritisiert und unter offizielle Beobachtung gestellt. Ein Sonderberichterstatter soll

zunächst für ein Jahr die Menschenrechtssituation in Russland beobachten, dafür relevante Informationen sammeln und bewerten und dem MRR zur 54. Tagung und der 78. Generalversammlung schriftlich berichten. Russland kündigte umgehend an, man werde nicht mit dem Sonderberichtersteller kooperieren.

Sri Lanka

Ein zuverlässiger Gradmesser für besonders kritische Resolutionen ist zumeist die Umtriebigkeit der betreffenden Regierung schon deutlich vor der MRR-Tagung. Die neue Regierung Sri Lankas unter Ranil Wickremesinghe unterscheidet sich insofern nicht von ihren Rajapaksa Vorgängern, als auch sie jegliche menschenrechtliche Verantwortlichkeit gegenüber internationalen Institutionen unbedingt vermeiden will. Entsprechend gab es intensive diplomatische Bemühungen, eine Verlängerung des im März 2021 beschlossenen Monitoring- und Rechenschaftsprojekts zu verhindern. Zu denjenigen, die Sri Lanka in den Verhandlungen besonders nachdrücklich unterstützten, gehörten die Philippinen, deren Vertreter die „Sesselkrieger in Genf“ beschuldigte, keine Ahnung von den Realitäten vor Ort zu haben. Der zur Tagung veröffentlichte [Bericht des OHCHR](#) ließ allerdings keinen Zweifel, dass bisher keinerlei Fortschritte zur Aufarbeitung schwerster Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen im Land selbst zu erkennen sind.

Deutschland gehörte nochmals zur Kerngruppe (neben UK, USA, u.a.), die sich dem Druck widersetzen konnte und eine [Resolution](#) zur Abstimmung brachte, die mit 20-7-20 angenommen wurde. Damit wird das Mandat des OHCHR verlängert und verstärkt, Informationen und Beweise zu sammeln, analysieren und zu sichern, Strategien für künftige Rechenschaftsprozesse zu entwickeln und juristische Verfahren zu unterstützen, sowie ein Monitoring- und Berichtsfahrplan bis zur 57. Tagung festgelegt.

Weitere Länderresolutionen und solche, die doch keine wurden

Von den insgesamt 11 verabschiedeten Länderresolutionen stieß vor allem die Verlängerung des Mandats der Expertenkommission zu [Äthiopien](#) um ein weiteres Jahr auf erheblichen Widerstand bei dessen Regierung, die mit intensiver Diplomatie bis auf Malawi alle afrikanischen MRR-Mitglieder zu einem Nein bewegen konnte (Abstimmung mit 21-19-7). Erneuert wurde auch die Fact Finding Mission und das Berichtsmandat des OHCHR zu [Venezuela](#) (19-5-23) für zwei Jahre, womit für die Opfer von schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen zumindest die Hoffnung auf Gerechtigkeit bleibt. Nicht überraschend lehnte [Burundi](#) die Verlängerung des Sonderberichtersteller-Mandats und die Kooperation mit diesem ab, dennoch wurde die Resolution mit deutlicherem Ergebnis als im Vorjahr angenommen (22-12-13). Mit der Resolution zu [Afghanistan](#) (28-5-14) wurde das Mandat des Sonderberichterstatters um ein Jahr verlängert und mit Dokumentations- und Beweissicherungsaufgaben gestärkt. Inwieweit diese Aufgaben von solch einem Mandat realistisch geleistet werden können, erscheint fraglich. Aber Forderungen nach einem Rechenschaftsmechanismus wurden von der EU nicht aufgenommen.

Die im Konsens unter Item 10 (technische Unterstützung) angenommene Resolution zum [Jemen](#) enthält nicht einmal mehr eine Berichtspflicht an den MRR und ist mit Blick auf die Opfer dieses Krieges und der humanitären Katastrophe tatsächlich eine Schande. Auch wer auf eine Resolution mit mindestens Berichtsverfahren zu den **Philippinen** – wie von der Hochkommissarin ausdrücklich empfohlen – gehofft hatte, wurde enttäuscht.

Viele und neue und schwierige Themen

Insgesamt 28 thematische Resolutionen wurden angenommen. Darunter waren einige neue Initiativen, die die Zusammenhänge zwischen Technologie stärker in den Blick nehmen, wie etwa zu neuen Technologien im militärischen Bereich, zu Neurotechnologie und Menschenrechten oder – von Deutschland mitinitiiert – zu [Cybermobbing \(„cyberbullying“\)](#). Einige etablierte Resolutionen erfuhren positive Erweiterungen, wie zum Beispiel die Resolution zu willkürlicher Haft um den Verweis auf die Umsetzung der Erklärung zu Menschenrechtsverteidigern, oder die Resolution zur Sicherheit von Journalisten um weitere Formen der Repression.

Dem dringend notwendigen Brückenbau im Menschenrechtsrat sicher nicht dienlich war das Abstimmungsverhalten westlicher Staaten dort, wo es auch eigene Verantwortlichkeiten klar berührte. Die Marshallinseln gemeinsam mit Fidschi, Nauru, Samoa und Vanuatu forderten mit einer Resolution einen Bericht in Bezug auf die „[menschrechtlichen Implikationen der nuklearen Hinterlassenschaften auf den Marshallinseln](#)“, womit das vom MRR inzwischen anerkannte Recht auf eine saubere und gesunde Umwelt erstmals auf eine konkrete Situation bezogen wurde. Mit sehr fadenscheinigen technischen oder prozeduralen Gründen wiesen Nuklearmächte dieses Anliegen zurück, was zwar nicht überrascht, aber mit Solidarität und Verantwortung schlecht vereinbar ist. Angenommen wurde die Resolution dennoch im Konsens, von dem sich die USA und UK aber distanzieren.

Nicht nur keinen Konsens, sondern hitzige Diskussionen und erkennbare Polarisierung zwischen afrikanischen und westlichen Staaten gab es zu der von Côte d’Ivoire und weiteren afrikanischen Staaten eingebrachten Resolution „[From rhetoric to reality: a global call for concrete action against racism, racial discrimination, xenophobia and related intolerance](#)“. Dabei bringt der Titel das Problem auf den Punkt – rhetorisch wird Rassismus von allen verurteilt, in der Realität wird Verantwortlichkeit allzu schnell negiert oder auf andere verwiesen. Konkret geht es in der Resolution auch um die Diskriminierung und unverhältnismäßige Gewalt gegen afrikanische Migrant*innen oder Migrant*innen afrikanischen Ursprungs im Grenzschutz und Migrationsmanagement. Von den Staaten wird Abhilfe gefordert, u.a. durch die Beseitigung von strukturellem Rassismus. Dieses Thema hatte schon Michelle Bachelet mehrfach deutlich im MRR vorgebracht und dabei auch explizit die EU adressiert. Spätestens seit der unverhohlenen Ungleichbehandlung von ukrainischen und Schwarzen Geflüchteten an EU Außengrenzen dürfte klar sein, wie berechtigt das Anliegen ist.

Die USA verlangten schließlich die Abstimmung der Resolution. Während Finnland und Luxemburg sich zu einer Enthaltung durchringen konnten, stimmten alle Staaten der Westlichen Gruppe mit Nein, wie schon im Jahr zuvor. UK, USA und die Niederlande begründeten dies mit Verweisen auf die Durban Erklärung in der Resolution. Dieses beschämende Abstimmungsverhalten, das sich ihrer Menschenrechtspolitik rühmender Staaten unwürdig ist, hätte mindestens ebenso viel öffentliche Berichterstattung verdient wie die eingangs genannten Ereignisse. Für die dringend notwendigen Bündnisse über regionale Gruppen hinweg war dies alles andere als dienlich.



HUMAN RIGHTS COUNCIL ELECTIONS

2022 CANDIDATE

GERMANY

Status: Seeking Re-election

Previous Terms:

2006 – 2009; 2013 – 2015; 2016 – 2018; 2020 – 2022

Voluntary pledges

- Has the State submitted a public pledge on its candidacy?
- Has the State submitted the public pledge in a timely manner?

Strengthening the Council's effectiveness

- Has the State supported all country-specific resolutions at the Human Rights Council or General Assembly?
- Has the State played a leadership role on country situations at the Council?

Cooperation with Special Procedures

- Has the State accepted all country visit requests?
- Has the State sent substantive replies to all communications sent by Special Procedures?

UPR

- Has the State developed and published an action plan for the implementation of UPR recommendations?
- Has the State submitted a UPR mid-term report?

Treaty bodies

- Has the State ratified the 9 core international human rights treaties plus the related optional protocols?
- Has the State accepted all individual complaint mechanisms?
- Does the State not have any outstanding treaty body reports?

Civil Society

- Does the state have no case of unresolved reprisals high-lighted in Secretary-General reports (2011 – 2021)?
- Has the State spoken out expressing concern about particular victims of reprisals related to UN engagement by name at the General Assembly or Human Rights Council?
- Has the State sponsored the last HRC and Third Committee resolutions on human rights defenders, civil society space and reprisals?

National Human Rights Institution

- Does the State have a NHRI in conformity with the Paris Principles (A-status)?

Financial contributions

- Has the State paid its UN contributions in a timely manner?

Germany's candidacy for a seat on the UN Human Rights Council

2023 to 2025

Voluntary pledges and commitments pursuant to General Assembly Resolution 60/251

The Federal Republic of Germany has the pleasure to hereby present its candidacy to the Human Rights Council for the period from 2023 to 2025, with elections to be held in New York in October 2022.

Serving on the Council since 2020, Germany has demonstrated its strong commitment to the Human Rights Council and its mechanisms and the purposes they serve. We are proud to be serving as Vice-President of the Council in its Bureau. Germany strongly believes in values-based foreign policy and the universality of human rights as a guiding principle for cooperation between States in a rules-based, equitable multilateral order, supported by strong voices from civil society and national human rights institutions. We seek immediate re-election to the Human Rights Council to continue to promote universal human rights for all.

Germany pursues a human rights-based approach in its foreign policy. It has committed itself to a feminist foreign policy, strengthening the rights, resources and representation of women and promoting diversity. Gender equality and the full, equal and meaningful participation of women and girls are fundamental requirements for sustainable peace and security.

The promotion and protection of human rights is currently facing major challenges. Armed conflicts and repressive regimes are threatening fundamental human rights. Climate change is affecting people's living conditions and the realisation of their human rights worldwide. We are committed to the universality of human rights as laid down by the United Nations in 1948 in the Universal Declaration of Human Rights, as well as by the applicable international human rights treaties and the acquis of human rights guarantees under customary international law. Against this backdrop, Germany will continue to protect human rights, inter alia, by working together with our partners in the Human Rights Council and by furthering these rights in the fields of climate policy, the digital transformation, gender equality and accountability.

Human rights at home

The protection and promotion of as well as respect for human rights begins in our own country. Germany considers the realisation of human rights to be an ongoing task. Germany is a party to the fundamental human rights covenants and conventions and has incorporated them into national law. We have entered into extensive commitments concerning the protection of human rights, and we appreciate our partners' views on how to better respect, protect and fulfil human rights in Germany. In this regard, we highly value the input from the Universal Periodic Review and the Human Rights Treaty Bodies, and we have issued standing invitations to the UN's Special Procedure Mandate holders.

Germany regards human rights policy as a cross-cutting task affecting all areas of society. Implementing our National Action Plan to commit to the UN Convention on the Rights of Persons with Disabilities, our efforts to achieve integration and equal opportunities and participation for refugees and migrants, as well as to adjust and to develop our National Action Plan to Fight Racism, Xenophobia, Anti-Semitism and Related Intolerance are just a few examples of our ongoing commitment to improving the domestic human rights situation.

The German Institute for Human Rights, established in March 2001, is Germany's independent National Human Rights Institution and adheres to the Paris Principles (A Status). It monitors the Government's human rights activities closely and critically, e.g. by publishing an annual report about the domestic human rights situation submitted to the German Bundestag.

Germany's international commitment to human rights

Germany strives to protect and foster respect for human rights throughout the world by addressing human rights issues in its bilateral political dialogues and consultations, by providing support and technical cooperation for projects aimed at improving human rights situations, and by systematically taking human rights into account in its development cooperation policy programmes, humanitarian aid projects and conflict prevention activities. We focus, inter alia, on human rights and climate change, on the full, equal and meaningful participation of women and girls in all their diversity and on human rights online.

As part of our commitment, we have strengthened the Office of the Federal Government Commissioner for Human Rights Policy and Humanitarian Assistance. The Commissioner is our point of contact for all human rights issues, travels the world to engage in human rights dialogues, and liaises closely with civil society representatives and the German Bundestag.

Furthermore, Germany is seizing the opportunity presented by its G7 presidency in 2022 to strengthen the multilateral order and to bring human rights into focus in all global policy dossiers.

At CSW66, UN member states adopted concrete measures for the first time to strengthen women's rights in tackling climate change and reached agreement on approaches for the participation of women and girls in all areas of tackling the climate crisis. Germany played a leading role in facilitating these negotiations and will actively promote the implementation of these conclusions.

Germany is a staunch supporter of the International Criminal Court (ICC) and will continue to do its utmost to ensure that it can work as effectively as possible and that it receives broad support from the international community.

In addition, Germany strongly supports mechanisms of the Human Rights Council that contribute to ending impunity, such as the Commission of Inquiry to investigate all alleged violations of human rights and international humanitarian law in the context of the Russian Federation's aggression against Ukraine and OHCHR's Human Rights Monitoring Mission in Ukraine.

Germany has been a committed supporter of the Human Rights Council and its mechanisms since its establishment. In 2021, for example, Germany strongly supported the recognition by the Human Rights Council of the right to a healthy, clean and sustainable environment as a human right, derived from and inherent in pre-existing international human rights obligations, and will continue to promote its implementation.

Germany pledges to:

- continue to work to promote the universality and indivisibility of human rights;
- continue its support for the independence and autonomous capacity to act of all national human rights institutions in accordance with the Paris Principles;
- bring its G7 presidency in 2022 to bear to strengthen multilateralism and to dovetail economic, climate, environmental and socio-political issues with the protection of human rights;
- support and strengthen the framework of the Human Rights Council as the primary UN forum for human rights and to actively participate in discussions on the efficiency and the institutional status of the Human Rights Council;
- continue its support for the UN High Commissioner for Human Rights and the independence of her mandate;

- continue its close cooperation with the OHCHR by, inter alia, providing substantial political and financial support for its work;
- closely cooperate with the mechanisms of the Human Rights Council, in particular by upholding its standing invitation to the Special Procedures to visit Germany;
- continue to work towards a greater number of ratifications of international human rights treaties;
- continue to work actively on the UPR by offering recommendations to States and by cooperating with the UPR, with Germany itself being under review in 2023;
- actively support the UN Treaty Body reform process with a view to furthering its effectiveness and efficiency while securing the independence of the Treaty Bodies and their experts;
- continue to promote the crucial role of civil society in the Human Rights Council and to actively support human rights defenders worldwide; including via its relocation and protection programme for human rights defenders, the Elisabeth Selbert Initiative;
- continue its commitment to end impunity for human rights violations and crimes under international law worldwide by supporting for example, the OHCHR's Human Rights Monitoring Mission in Ukraine, the International Impartial and Independent Mechanism for Syria and the Independent Investigative Mechanism for Myanmar and other mechanisms as well as the ICC;
- continue to implement the Sustainable Development Goals and to pursue a rights-based approach to the 2030 Agenda for Sustainable Development;
- continue to strengthen the link between climate change and human rights and to support a rights-based approach to guide global climate change policies and actions;
- continue its efforts to implement a common and consistent climate diplomacy and to achieve climate justice in line with the European Green Deal, the 2030 Agenda and the Paris Climate Agreement with a view to the impact of climate change on human rights;

- continue leading the engagement on the human rights to safe drinking water and sanitation as well as on adequate housing and on the human rights of victims and survivors of trafficking in persons;
- use its membership of the HRC as well as the UN Commission on the Status of Women and in other international forums to promote the full, equal and meaningful participation of all women and girls, as well as to support norm setting and the implementation of the rights of women and girls with, inter alia, its candidacy in 2022 for a seat on the Committee on the Elimination of Discrimination against Women, and also promote women's economic empowerment;
- actively engage in the implementation of the agreed conclusions on "Achieving gender equality and the empowerment of all women and girls in the context of climate change, environmental and disaster risk reduction policies and programmes" adopted by the UN Commission on the Status of Women this March;
- fulfil our third Action Plan on the Implementation of UN Security Council Resolution 1325 on Women, Peace and Security 2021-2024 and develop a fourth national action plan on Women, Peace and Security;
- continue its engagement in fighting Conflict Related Sexual Violence, including by implementing the international architecture and supporting the monitoring efforts of the OHCHR and of the International Criminal Court inter alia in Ukraine;
- strengthen the rights, resources and representation of women and girls worldwide and promote social diversity with a feminist foreign policy in mind;
- as a member of the Equal Rights Coalition, tackle violence and discrimination against LGBTI persons and support the Independent Expert on protection against violence and discrimination based on sexual orientation and gender identity, inter alia through the Federal Commissioner for the Acceptance of Sexual and Gender Diversity, and counter all forms of discrimination;
- remain committed to the right to freedom of expression and fight for press freedom and the protection of journalists, including by programs offering scholarships and temporary stays in Germany, as well as to tackle hate speech;

- continue to advocate for the freedom of religion and belief and for inter-faith dialogue, inter alia as promoted by the Federal Commissioner for Freedom of Religion or Belief;
- continue to protect and promote children's rights, in particular those affected by armed conflict;
- continue to advocate for an EU action plan on business and human rights based on the UN Guiding Principles on Business and Human Rights and to enhance the National Action Plan for Business and Human Rights in line with the new national Act on Corporate Due Diligence Obligations for the Prevention of Human Rights Violations in Supply Chains;
- advocate for and strengthen human rights both offline and online, including by promoting the resolution on Privacy in the Digital Age and by broadening its scope to also consider the impact of artificial intelligence;
- actively promote the recognition of the right to a healthy, clean and sustainable environment as a human right, derived from and inherent in pre-existing international human rights obligations, by the UN General Assembly and to advocate for its concretisation and enforcement;
- continue efforts to put human rights at the heart of the COVID recovery and promote international solidarity and cooperation;
- continue to, every two years, present the Federal Government's comprehensive human rights report, including a Plan of Action for Human Rights, to the German Bundestag.